

(A)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Jetzt rufe ich Tagesordnungspunkt 7 auf:

Vereinbarte Debatte

Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für das Jahr 2011

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine Dreiviertelstunde vorgesehen. Gibt es Widerspruch dagegen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner dem Staatsminister im Auswärtigen Amt, Dr. Werner Hoyer, das Wort.

(Beifall bei der FDP)

Dr. Werner Hoyer, Staatsminister im Auswärtigen Amt:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Vorschau auf die kommenden Monate gebietet natürlich auch, kurz auf das vergangene Jahr zurückzublicken. In diesen Wochen arbeiten wir intensiv daran, die Beschlüsse des Europäischen Rates vom Dezember umzusetzen und weitere Wege zu suchen, wie wir unsere Wirtschaftspolitiken noch besser untereinander abstimmen können.

Im letzten Jahr mussten wir immer wieder sehen, dass wir in unruhiges Fahrwasser gerieten und reagieren mussten. Ich sage ganz bewusst „reagieren“, weil dies ja auch in einem Begründungszusammenhang mit dem noch in der Hauptsache laufenden Verfahren in Karlsruhe steht, Stichwort Ultima Ratio.

Wir wissen nicht, was noch kommen mag, aber wir wissen, was wir verhindern müssen und was wir verhindern werden. Wir werden verhindern, dass die drei Säulen, die Europa in den vergangenen Jahrzehnten getragen haben, ernsthaft beschädigt werden: Versöhnung, Wohlstand und schließlich die Überwindung der Teilung Europas.

Wir dürfen uns nicht auf die Verteidigung dieser drei Säulen beschränken, so schwer dies schon sein mag. Wir müssen den Blick nach vorn richten, und das heißt zunächst, wir müssen den Euro sturmfest machen,

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Staatsminister Dr. Werner Hoyer

- (A) auch um die zentrale Herausforderung, um die es in dieser Zeit geht, zu bestehen. Das ist die Selbstbehauptung der Europäer in der Globalisierung.

Wir brauchen eine starke Wirtschafts- und Währungsunion, in der Haushaltsdisziplin an erster Stelle steht. Wir brauchen europaweit eine Politik, die auf die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit, auf neues Wachstum und Beschäftigung ausgerichtet ist.

Der Maßstab für unsere Wettbewerbsfähigkeit und für unsere Fähigkeit, im globalen Maßstab zu bestehen, ist der globale Wettbewerb und nicht der Wettbewerb der EU-Staaten untereinander. Hierfür müssen wir unsere Hausaufgaben erledigen, und dazu gehört, dass wir dafür sorgen, dass sich eine solche Krise nicht wiederholt.

Damit sie sich nicht wiederholt, müssen die Fehler im System ausgemerzt werden. Die Stärkung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes und die Einrichtung eines dauerhaften Krisenmechanismus sind zwei der grundlegenden Aufgaben, die die Europäische Union in den kommenden Monaten zu bewältigen hat.

Es ist erfreulich festzustellen, dass wir uns hier gemeinsam mit unseren Partnern auf die wesentlichen Eckpunkte geeinigt haben. Ich sage ausdrücklich Beibehaltung des Bail-out-Verbots, Gläubigerhaftung und die notwendige Vertragsänderung.

- (B) Deutschlands Stimme wird in Europa gehört. Unsere Nachbarn schätzen unsere Meinung, und sehr häufig – nicht immer verständlicherweise – teilen sie sie auch. Deswegen werden wir uns bei vielen weiteren wichtigen Vorhaben, die in 2011 zur Entscheidung anstehen, ebenso engagiert und konstruktiv wie bisher einbringen als überzeugte Europäer und in Verantwortung vor den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes, zum Beispiel bei der weiteren Reform der Finanzmärkte, um Stabilität und Vertrauen in die Märkte zurückzubringen. Hier sind bereits wichtige Fortschritte erzielt worden. Wir sind bei weitem noch nicht am Ziel.

Die Kommission hat nun das Ziel ausgegeben, das gesamte Reformpaket für den Finanzsektor bis Ende 2011 auf EU-Ebene zu verabschieden. Wir unterstützen dieses ehrgeizige Vorhaben, und die Bundesregierung wird mit ihrem Sachverstand, ihren Ideen zum Gelingen beitragen; ich denke, der Deutsche Bundestag auch.

Dasselbe gilt für die kommenden Verhandlungen über den mehrjährigen Finanzrahmen 2014 bis 2020, die uns allerdings auch noch weit über 2011 hinaus beschäftigen werden. Manche Nervosität bei dem Thema ist also etwas voreilig, wie ich glaube, weil erste wesentliche Entscheidungen und ein erstes Aufeinanderzugehen erst im Jahr 2012 und – ich sage mal voraus – wahrscheinlich auch eher in der zweiten Hälfte des Jahres 2012 zustande kommen werden. Dabei reden wir ja dann über die grundsätzliche Ausrichtung und die politische Prioritätensetzung der Europäischen Union über den Zeitraum von sieben Jahren und über Haushaltsmittel immerhin in einer Größenordnung von zusammen nicht weniger als 1 000 Milliarden Euro.

- (C) Mit dem mehrjährigen Finanzrahmen entscheiden wir darüber, wofür dieser Betrag ausgegeben wird, und damit nicht zuletzt über die Zukunftsfähigkeit der Europäischen Union insgesamt. Denn diese Entscheidungen werden ja Einfluss darauf haben, in welchen Spitzentechnologien und Wachstumsbranchen zukünftig in Europa geforscht, gearbeitet und Geld verdient wird.

Wenn wir Zukunft gestalten wollen, ist es wichtig, dass wir diese Möglichkeit der Beeinflussung dieser Fragen über den Haushalt der Europäischen Union im Auge haben. Im Kontext werden natürlich auch dann intensiv Gespräche über die Neugestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik und der Kohäsionspolitik zu führen sein; beide zusammen machen immerhin drei Viertel des Gesamthaushalts der Europäischen Union aus. Deshalb erfordern sie unsere größte Aufmerksamkeit, und wir dürfen jetzt den Reformelan nicht verlieren.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Der Europäischen Kommission kommt bei all diesen Vorhaben eine Schlüsselrolle zu. Sie ist nicht nur die Hüterin der Verträge, sie muss auch Motor der Integration sein. Deshalb ist die Veröffentlichung des Arbeitsprogramms der Kommission mit rund 200 Einzelvorhaben weit mehr als ein verwaltungstechnischer Routinevorgang, der jährlich aufs Neue vollzogen wird. Das Arbeitsprogramm der Kommission gibt einen wichtigen Ausblick. Mit manchem hat man gerechnet, manches seit langem herbeigewünscht, anderes kommt dagegen vielleicht etwas unerwartet und zeigt uns, wo Gesprächs- und Klärungsbedarf gegenüber der Kommission besteht.

- (D) Insgesamt begrüßt die Bundesregierung die Inhalte und die Ausrichtung des Arbeitsprogramms für 2011. Die Schwerpunktsetzung ist richtig, weil sie entlang der neuen Wachstums- und Beschäftigungsstrategie „Europa 2020“ aufgebaut ist und Impulse zur Überwindung der Krise setzt. Wir werden uns die einzelnen Dossiers natürlich sehr genau anschauen und darüber mit dem Deutschen Bundestag diskutieren müssen. Sofern wir die Verhältnismäßigkeit eines angekündigten Vorhabens infrage stellen oder Bedenken hinsichtlich der Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips haben, werden wir dies deutlich benennen und auch darüber hier im Deutschen Bundestag debattieren.

Uns geht es darum, dass der Gestaltungsspielraum nationaler Politik und nationaler Parlamente nicht ohne Not eingegrenzt wird, und zwar nicht, weil wir etwas gegen Europa hätten, sondern gerade deswegen, weil wir ein wirkungsvolles, funktionsfähiges Europa wollen, das sich auf diejenigen Aufgaben konzentriert, bei denen nationales Handeln allein an seine Grenzen stoßen würde, aber durch gemeinsames, europäisches Handeln tatsächlich ein Mehrwert für die Bürgerinnen und Bürger herbeigeführt werden kann.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

In diesem Sinne blicken wir auf ein Jahr 2011, in dem die entscheidenden Weichen dringend gestellt werden müssen, in dem effektive Schritte zur Überwindung der Finanzkrise und zur Stärkung der Wirtschafts- und Währungsunion unternommen werden müssen, in dem um-

Staatsminister Dr. Werner Hoyer

- (A) wälzende Reformen in den öffentlichen Haushalten anstehen, in dem der Europäische Auswärtige Dienst in vollem Umfang seine Arbeit aufnehmen und zu einem angemessenen und kohärenteren Erscheinungsbild Europas in der Welt beitragen kann. Von diesem Jahr 2011 wird es später vielleicht einmal heißen, dass Europa in diesem Jahr seine Fähigkeit demonstriert hat, Fehler zu beheben und aus einer schwierigen Situation heraus zu neuer Stärke zu finden; denn die Europäische Union ist und bleibt der Garant für Frieden, Stabilität und Wohlstand auf unserem Kontinent. Die Europäische Union wird deswegen auch weiterhin von der christlich-liberalen Koalition in vollem Umfang unterstützt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Kollege Michael Roth für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Michael Roth (Heringen) (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Arbeitsprogramm der Kommission gibt uns Gelegenheit, auch wenn es dafür jetzt schon ein bisschen spät sein mag – wir hatten dieses Thema schon einmal im Dezember auf der Tagesordnung –, das Jahr 2011 in den Blick zu nehmen, über die Rolle der Kommission gemeinsam nachzudenken, aber sicherlich auch – ich nehme den Ball von Staatsminister Hoyer gerne auf – darüber zu sprechen, welche Rolle die Bundesregierung wahrnimmt; denn die Bundesregierung ist für den Deutschen Bundestag der erste Ansprechpartner, wenn es um die Gestaltung und die Kontrolle der Europapolitik geht. Insofern möchte ich zu dem einen oder anderen Punkt gerne Stellung nehmen.

- (B) Herr Hoyer, Ihre europapolitische Märchenstunde eben hat mich schon ein wenig irritiert. Sie will so gar nicht zu dem passen, was wir Bundestagsabgeordnete einerseits auf den Fluren in Brüssel hören und andererseits als besorgte Anfragen fraktionsübergreifend wahrnehmen, nämlich, dass die Europapolitik der Bundesregierung in weiten Teilen ein Totalausfall ist.

(Beifall bei der SPD)

Sie ist wankelmütig. Sie ist ideenlos. Solidarische Führung in Europa sieht anders aus. Das greift über. Man hört nicht nur vom Auswärtigen Amt als dem zentralen Europaministerium wenig Konzeptionelles und Wegweisendes. Auch die deutsch-französische Zusammenarbeit – das ärgert mich wirklich –, von der in den vergangenen Jahrzehnten viele wichtige Impulse ausgegangen sind, funktioniert nicht mehr. Das zeigte sich spätestens auf dem Gipfel in Deauville. Ihre Politik trägt eher zur Spaltung bei als dazu, dass zukunftsweisende und tragfähige Kompromisse in der Europäischen Union, in der EU der 27, geschmiedet werden.

Damit, Herr Staatsminister, müssen Sie, Ihr Bundesminister und die Bundeskanzlerin sich schon einmal aus-

einandersetzen. Der Konflikt innerhalb der EVP-Familie, zwischen Ministerpräsident Juncker und der Bundeskanzlerin, stellt dabei nur die Spitze des Eisbergs dar. (C)

Ich würde mit Ihnen auch gerne über die Rolle der Kommission sprechen; denn auch da sehe ich einiges mit Sorge. Ich bin mir sicher, Sie als überzeugter Europäer, Herr Hoyer – das würde ich niemals in Abrede stellen –, sehen das wahrscheinlich sogar ähnlich. Die Intergovernmentalisierung der Europäischen Union hat zugenommen. Die EU-Politik wird immer exekutivlastiger. Da stellt sich für uns schon die Frage, inwieweit die EU-Kommission ihre Rolle als die zentrale Institution der Gemeinschaftsinteressen und als Hüterin der Verträge überhaupt noch wahrnehmen kann, wenn sie ständig und in immer stärkerem Maße am Gängelband der nationalen Regierungen geführt wird.

(Beifall des Abg. Axel Schäfer [Bochum] [SPD])

In der Regel sieht es heute so aus, dass auf den Gipfeln etwas entschieden wird und die Kommission als bloße Befehlsempfängerin fungiert und man dann schauen muss, was aus den verschiedenen Vorschlägen und Überlegungen der Staats- und Regierungschefs wird. Ich sehe das insgesamt mit Sorge, weil wir trotz des Vertrages von Lissabon überhaupt nicht in der Lage sind – das haben jedenfalls die vergangenen Jahre gezeigt –, hier die entsprechenden Kontrollen, die innerhalb der vergemeinschafteten EU-Politik zentral vom Europäischen Parlament wahrgenommen werden, zu leisten. (D)

Ich wünsche mir, dass wir die EU-Kommission nicht schwächen, sondern stärken. Ich könnte es mir jetzt relativ einfach machen und sagen: Die EU-Kommission ist eine eher konservativ-liberal besetzte Kommission; gerade einmal 6 von 27 Kommissarinnen und Kommissaren sind Sozialdemokraten. Das geht uns nichts an. – Allerdings ist die EU-Kommission diejenige Institution, die noch am ehesten in der Lage ist, das europäische Gemeinwohl in den Blick zu nehmen.

An dem, was die Kommission in diesem Bereich in den vergangenen Monaten geboten hat, kann ich leider kein gutes Haar lassen. Wie sehen denn die Vorschläge der Kommission zur Bewältigung der Krise aus? Sie entsprechen alle dem hinlänglich bekannten neoliberalen Dreisatz: Sozialabbau gepaart mit Steuersenkungen und Rückführung staatlicher Leistungen. Ich habe überhaupt nichts dagegen, dass die Kommission zum Beispiel ein Grünbuch zur Rente herausgibt. Aber wenn versteckt darin steht, dass auf der nationalen Ebene Leistungsabbau im Sozialbereich betrieben werden muss, um die nationalen Haushalte auszugleichen, wird doch klar, wes Geistes Kind die Politik der Europäischen Kommission größtenteils ist. Das ist nicht unsere Politik, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Austeritätspolitik hemmt das Wachstum. Wir brauchen aber in der Europäischen Union Wachstum, um solidarische und nachhaltige Wege aus der Krise zu finden,

Michael Roth (Heringen)

- (A) auf die wir die Bürgerinnen und Bürger trotz ihrer wachsenden Skepsis gegenüber der EU mitnehmen können.

Ich will auch ein paar positive Aspekte benennen. Wir unterstützen ausdrücklich die Schwerpunktsetzung der Kommission hinsichtlich Wachstumsbelebung und Schaffung von Arbeitsplätzen. Diese wird zwar noch nicht durch konkrete politische Projekte untermauert; aber das ist der richtige Weg. Wenn es uns gelingt, die entsprechenden Schwerpunkte mit der Strategie EU 2020 zu verknüpfen, kann daraus sicherlich etwas Gutes werden.

Positiv finde ich auch – das fordern die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im EP und hier im Bundestag schon seit Jahren – den konsequenten Kampf gegen Steueroasen. Ich betrachte den Vorschlag der EU-Kommission, eine gemeinsame konsolidierte Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage einzuführen, als eine Initiative, die in die richtige Richtung weist. Ich fordere die Bundesregierung, das Kanzleramt, das Bundesfinanzministerium und das Bundeswirtschaftsministerium, auf, diese Politik und diese Vorschläge konsequent zu unterstützen.

(Beifall bei der SPD)

Ich finde es sehr schade, dass es uns noch nicht gelungen ist, die notwendige Verordnung für die zumindest von uns als wichtig erachtete Europäische Bürgerinitiative auf EU-Ebene zu implementieren; sie ist immer noch nicht in Kraft getreten. Hier hätte ich mir von der Bundesregierung ein etwas beherzteres Vorgehen gewünscht.

- (B) Insgesamt kann die Europäische Union nur erfolgreich arbeiten, wenn sie eine starke Kommission hat, die die Zeichen der Zeit erkennt. Aus unserer Sicht erfordern sie ein solidarisches gemeinsames Handeln sowie eine konsequent soziale und nachhaltige Ausrichtung der Politik. Das vermissen wir sowohl bei der Bundesregierung als auch bei der Kommission. Da muss dringend nachgebessert werden. Das soll unser Signal in der heutigen Debatte sein.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die Unionsfraktion hat nun der Kollege Thomas Dörflinger das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Thomas Dörflinger (CDU/CSU):

Danke schön, Frau Präsidentin. – Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn ich mir vorausgegangene Debatten aus den zurückliegenden Jahren über Arbeitsprogramme der Europäischen Kommission ins Gedächtnis rufe, komme ich nicht an der Feststellung vorbei, dass sich durch viele der Debattenbeiträge der unterschiedlichen Fraktionen – freilich mit unterschiedlicher Akzentuierung – als roter Faden ein bisschen der Vorwurf zog, dass angesichts der Fülle dessen, was da aufgeschrieben worden ist, viel-

leicht weniger mehr gewesen wäre und man sich vielleicht besser auf das konzentriert hätte, was politisch prioritär und in einer bestimmten zeitlichen Spanne machbar war, anstatt all das aufzuschreiben, was schlussendlich wünschenswert war. (C)

Das vorliegende Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission unterscheidet sich in diesem Punkt wohl-tuend von seinen Vorgängern. Das ist selbstredend und logischerweise auch der Tatsache geschuldet – Ironie des Schicksals –, dass die Kommission – Herr Staatsminister, Sie haben darauf hingewiesen – beim Thema Bewältigung der Folgen der Finanz- und Bankenkrise einen ganz besonderen Schwerpunkt setzt. Dadurch sind logischerweise andere Themen in den Hintergrund geraten. Das tut dem Programm insgesamt gut. Ich will an dieser Stelle auf diesen Themenkreis, weil das schon dargestellt wurde und der Kollege Silberhorn darauf auch noch zu sprechen kommen wird, gar nicht detaillierter eingehen, sondern ein paar Punkte nennen, zu denen ich mir den einen oder anderen kritischen Unterton nicht verkneifen kann.

Meine Damen und Herren, wer schon einmal in seinem Wahlkreis das Vergnügen gehabt hat, ein mittelständisches Unternehmen mit wenigen Beschäftigten bei dem Vorhaben zu begleiten, einen Antrag nach dem Forschungsrahmenprogramm der Europäischen Kommission zu stellen, der weiß, dass aus einem mehrseitigen Antragsformular innerhalb weniger Monate ein Vorgang wird, der mehrere Leitz-Ordner umfasst und das Unternehmen zu der Erkenntnis bringt, dass die Beantragung von Mitteln aus diesem Programm ohne Konsultation eines Unternehmens zur Beratung gar nicht zu leisten ist. Deshalb ist Entbürokratisierung ein wichtiges Thema. (D)

In dem Zusammenhang möchte ich ein kritisches Wort zu dem Thema Vergabewesen sagen. Wenn ich mir vorstelle, dass zukünftig durch die Verknüpfung der Vergabe mit sachfremden Argumenten, die mit der eigentlichen Dienstleistung, um die es in einem Vergabeverfahren geht, nur bedingt etwas zu tun haben, die Gefahr besteht, dass das Vergabeverfahren selbst länger dauert als die Auftragsabwicklung, stelle ich mir schon die Frage, ob wir an dieser Stelle auf dem richtigen Weg sind. Ich rate der Kommission, darüber noch einmal nachzudenken.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Der Kollege Roth hat das Weißbuch Pensionen angesprochen. Nun kommt es – da weiß ich als Baden-Württemberger, wovon ich rede –

(Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nur weil Sie Baden-Württemberger sind, wissen Sie noch lange nicht, worüber sie reden!)

in einer global strukturierten Arbeitswelt nicht so selten vor, dass jemand heute in Deutschland, morgen in Frankreich und übermorgen in Österreich arbeitet. Obwohl die Schweiz nicht zur Europäischen Union gehört, nenne ich auch sie in diesem Kontext; denn sie gehört sehr wohl zu Europa. Nachdem also jemand im Laufe eines langen

Thomas Dörflinger

- (A) Arbeitslebens in vier oder fünf unterschiedlichen Staaten gearbeitet hat, stellt sich für ihn bei Eintritt in das Rentenalter die Frage: Wie sieht es mit der Portabilität von Rentenansprüchen aus? Das ist für den Rentenantragsteller bzw. die -antragstellerin nicht selten ein ziemlicher bürokratischer Aufwand. Deshalb ist der Ansatz richtig, das Verfahren an dieser Stelle zu beschleunigen und im Sinne der Bürgerinnen und Bürger zu entschlacken. Ich wage aber, die These aufzustellen, dass wir das durch bilaterale Vereinbarungen zwischen den Staaten mindestens genauso gut hinbekommen wie die Kommission, die hier ja selbst einen Legislativbedarf sieht und diesen dann möglicherweise noch durch Gründung einer eigenen Behörde zu untermauern versucht.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Der deutsche Kommissar Günther Oettinger hat vor einigen Wochen sehr plastisch die Summe von 1 Billion Euro als notwendige Finanzinvestitionen für den gesamten Energiesektor in die Diskussion geworfen. Herr Staatsminister Hoyer hat vorhin zu Recht das Faktum betont, dass wir Europäer uns in einem globalen Wettbewerb auf allen möglichen Sektoren befinden. Das gilt nach meiner festen Überzeugung nicht nur, sondern sogar in erster Linie auch für den Energiesektor. Wenn wir die Technologie, die es uns ermöglicht, Energie nachhaltig zu produzieren, nicht nur selbst nutzen, sondern auch zu einem Exportschlager machen wollen, dann müssen wir notwendigerweise nicht nur in diese Technologie, sondern insbesondere auch in die Netze investieren. Ich prognostiziere auch vor dem Hintergrund der einen oder anderen Diskussion, die wir in Deutschland dazu schon geführt haben: Das wird nicht konfliktfrei abgehen. Da aber die Netze auch im Wettbewerb mit anderen Regionen in der Welt einen zentralen Standortfaktor für Europa darstellen, rate ich den Kolleginnen und Kollegen im Deutschen Bundestag, diese Debatte mit großer Ernsthaftigkeit zu führen und damit auch gegenüber der eigenen Bevölkerung zu dokumentieren, dass wir mit diesem Faktum, dass das ein zentraler Wettbewerbsfaktor ist, politisch umzugehen wissen. Dazu müssen wir die notwendigen Entscheidungen sachgerecht treffen und anschließend auch umsetzen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Fazit: Ich habe zu Beginn gesagt, das Arbeitsprogramm unterscheidet sich hinsichtlich der Effektivität und der Struktur wohlthuend von seinen Vorgängern. Lassen Sie uns gemeinsam dieses Arbeitsprogramm in den kommenden Monaten zusammen mit der Bundesregierung und der Europäischen Kommission tatkräftig umsetzen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Kollege Andrej Hunko für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Andrej Hunko (DIE LINKE):

(C)

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bin hier heute Morgen ja vom Sitzungspräsidium ausgeschlossen worden. Deshalb bin ich froh, dass ich jetzt noch reden darf.

(Heiterkeit und Beifall bei der LINKEN – Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie würden sonst meine Krawatte bekommen!)

– Okay.

Wir sprechen ja über das Arbeitsprogramm der EU-Kommission. Welche Frage stellen sich die Menschen, wenn sie vom Arbeitsprogramm der EU-Kommission für 2011 hören? Sie werden fragen, ob das Arbeitsprogramm dazu beiträgt, die drängendsten Probleme zu lösen. Aber genau das tut es unserer Auffassung nach nicht.

Der Kommission ist zwar bewusst, dass das Programm „zu einem für die EU besonders kritischen Zeitpunkt“ vorgelegt wird, aber ein wirkliches Umsteuern im Bereich der Wirtschafts- und Währungspolitik ist nicht festzustellen. Im Gegenteil: Die gescheiterte Lissabon-Strategie aus dem Jahre 2000 wird jetzt in der EU-2020-Strategie fortgesetzt. Das ist ja das Gerüst dieses Arbeitsprogramms. Das bedeutet noch mehr Deregulierung und noch mehr Privatisierung. Dieser Weg hat mit in die Krise geführt und wird die Krise weiter verschärfen.

Dagegen beschwört die Kommission geradezu den Aufschwung. Durch die unsozialen europaweiten Kürzungsprogramme wird die EU-Binnenkonjunktur aber abgewürgt. Wenn bald noch weitere Länder aus der Euro-Gruppe dazu gedrängt werden, Milliarden aus dem sogenannten Euro-Rettungspaket abzurufen, werden sie zu neuen Kürzungsprogrammen und Schocktherapien verpflichtet. Dazu passt dann auch die Verschärfung des dummen Stabilitäts- und Wachstumspaktes. Das ist schlicht inakzeptabel.

(D)

(Beifall bei der LINKEN – Michael Link [Heilbronn] [FDP]: „Dummen“? – Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Haben Sie „dummen“ gesagt?)

All dies bedeutet: Die Menschen zahlen jeden Tag für die Folgen der Wirtschafts- und Bankenkrise, und die Profiteure werden nicht zur Kasse gebeten. Nicht nur die Linke sagt: „Profiteure endlich zur Kasse!“, sondern das sagt auch die Mehrheit der Bevölkerung.

(Beifall bei der LINKEN)

Deshalb gehen in vielen Ländern Europas immer wieder Hunderttausende auf die Straße – zuletzt in Irland und in Portugal. Dabei zeigt sich immer deutlicher – ich sage das hier sehr eindringlich –: Europa wird sozial sein, oder es wird nicht sein. Ein soziales Europa wird es nur mit einem echten Neustart der EU auf demokratischer und sozialer Grundlage geben. Ohne eine Komplettrevision und Veränderung der Grundlagenverträge in die richtige Richtung – sie werden ja gerade in die fal-

Andrej Hunko

- (A) sche Richtung verändert – wird es leider so weitergehen wie bisher.

Schauen wir uns aber das Programm an einigen Punkten noch einmal konkret an:

Erstens. Die Kommission gewährt zusammen mit den Mitgliedstaaten und dem IWF die sogenannten Hilfspakete. „Hilfe“ klingt erst einmal solidarisch, aber diese Pakete sind in erster Linie Bankenrettungspakete. Die Mitgliedstaaten verdienen durch die Zinsen sogar noch an der Hilfe für bedürftige Staaten. Darüber hinaus sind diese Pakete aber vor allem Spardiktate auf Kosten der Bevölkerung. Sie führen zu mehr Armut und zu mehr sozialer Ausgrenzung. Ironischerweise wurde 2010 ja zum Europäischen Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung proklamiert. In Wirklichkeit war es genau andersherum. Ich glaube, 2010 wird als Jahr für Armut und soziale Ausgrenzung in die Geschichte eingehen.

Zweitens. Die Kommission arbeitet an der Umsetzung der sogenannten Solidaritätsklausel, die in Art. 222 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union geregelt ist. Aber auch hier geht es nicht um Solidarität zwischen den Menschen. Es geht schlichtweg um den Einsatz von Militär in anderen Mitgliedstaaten, und zwar nicht nur bei Terroranschlägen oder Naturkatastrophen, sondern, wie es im Vertrag heißt, auch bei „einer vom Menschen verursachten Katastrophe“. Was kann das sein? Aufgrund dieser vagen Definitionen könnte EU-Militär auch zur Aufstandsbekämpfung eingesetzt werden, wenn sich die sozialen Konflikte in einem Mitgliedstaat weiter zuspitzen. In Griechenland und Spanien zum Beispiel gab es in den letzten Monaten Situationen, in denen Militär mit eingesetzt wurde. Die Linke lehnt einen solchen Einsatz von Militär grundsätzlich ab, auch dann, wenn er als Solidaritätsakt verkleidet wird.

- (B)

(Beifall bei der LINKEN)

Drittens plant die Kommission eine „Mitteilung über stärkere Solidarität innerhalb der EU“. Auch hier findet sich wieder der Begriff Solidarität. Aber was verbirgt sich dahinter? Es geht um die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung von illegalisierten Migrantinnen und Migranten. Aktuelles Beispiel: Griechenland soll nicht mehr allein gegen die Flüchtlinge kämpfen, sondern bekommt Unterstützung von der EU mittels FRONTEX-Soforteinsatzteams. Besonders angesichts der katastrophalen und menschenverachtenden Zustände in den überfüllten Lagern ist das nur noch zynisch zu nennen.

(Viola von Cramon-Taubadel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist richtig!)

Wir fordern stattdessen die Solidarität mit Menschen in Not, und zwar – in dem Fall ist der Begriff sinnvoll – bedingungslose Solidarität.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich komme zum Schluss. Fragen Sie die Menschen in Europa, welches Arbeitsprogramm sie der Kommission geben würden. Der Auftrag wäre ganz klar: Profiteure zur Kasse bitten, Regulierung der Finanzmärkte und ein soziales Europa. Die Menschen müssen in Europa wie-

der im Mittelpunkt der Politik stehen. Dafür stehen wir ein. (C)

Ich danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat nun der Kollege Manuel Sarrazin das Wort.

Manuel Sarrazin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Hunko, eine ganz so große Rede mit Vorschlägen zu einer Komplettrevision der Grundlagenverträge wird mir heute nicht gelingen. Viele Punkte sind zu besprechen. Ich möchte meine Redezeit aber vor allem unserer liebsten Freundin seit über einem Jahr widmen, nämlich der Krise.

Herr Staatsminister Hoyer, Sie wissen, dass wir Sie im Europaausschuss für Ihre Arbeit schätzen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Ich möchte aber daran anknüpfen, was Sie gesagt haben. Sie haben gesagt, die Bundesregierung werde sich 2011 ebenso engagiert einbringen wie 2010, was die Bewältigung der Krise angehe.

Nehmen wir als Beispiel die von Herrn Juncker vorgeschlagenen Euro-Bonds. Herr Juncker steht deutschen Interessen ja durchaus positiv gegenüber. In dem Vorschlag von Bruegel, Juncker und Tremonti ist so offenkundig auf Art. 3 und Art. 119 AEUV eingegangen worden, dass Sie alle das eigentlich freudestrahlend als Beitrag zur deutschen Stabilitätskultur hätten begrüßen müssen. Was aber kommt von der Bundesregierung? Dieser von deutschem Geist durchtränkte Vorschlag, Euro-Bonds im Rahmen der jetzigen Verträge möglich zu machen, wird als Angriff aus dem Süden abgetan. Da habe ich verstanden, warum Herr Juncker beleidigt ist: weil Sie zwar sehr engagiert, aber in dem Fall völlig am Kern vorbei debattiert haben.

- (D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich denke, es ist uns allen klar, dass wir dort, wo die Fazilität nicht funktioniert, nachbessern müssen. Es macht keinen Sinn, eine Fazilität, die ein Problem mit dem Triple A hat, was seinerzeit in der Diskussion noch nicht absehbar war, nur deshalb unverändert beizubehalten, weil man sich nicht bewegen will.

Ich habe Verständnis für die Bedenken, was Konditionalität und Ultima Ratio angeht. Das muss in die Verträge passen. Es müssen auch weiterhin Verstöße gegen die No-bail-out-Klausel eingeschränkt werden. Ich erwarte aber von der Bundesregierung Bewegung in dieser Frage. Ich glaube, um eine solche Bewegung zu ermöglichen, ist es wichtig, dass sich die Koalition endlich auf eine Position einigt, damit wir in dieser Debatte eine Vorreiterrolle einnehmen können. Das wünsche ich mir von Ihnen. Denn aus meiner Sicht verpassen Sie gerade eine Chance.

Manuel Sarrazin

- (A) Theo Waigel hat wie andere Deutsche auch in den Verhandlungen über den Euro die Grundentscheidung durchgesetzt, das Wirtschaftsmodell der Europäischen Union sozusagen nach dem deutschen Zielmaßstab der Preisstabilität auszurichten. Dieses Ziel ist gerade im Hinblick auf den Euro – ich verweise auf Art. 119 AEUV – so fest in den Verträgen verankert worden wie kaum ein anderes Ziel. Natürlich ist die Entscheidung bislang nicht handlungsmächtig gewesen. Diese Krise mit ihren großen Schwierigkeiten, Herausforderungen und Gefahren bietet aber sowohl Ihnen als auch uns die Chance, diese Grundsatzentscheidung auf dem Papier zu einer in der Realität zu machen. Deshalb verstehe ich die zaudernde und zögernde Haltung nicht, die die Bundesregierung an den Tag legt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wirtschaftsregierung und Wirtschaftskoordination sind ein großes Thema. Das europäische Semester hat jetzt mit dem Bericht der Europäischen Kommission begonnen. Wir wollen, dass sich daran auch der Deutsche Bundestag engagiert beteiligt. Eine Wirtschaftsregierung kann nur funktionieren, wenn man nicht nur über Instrumente redet, sondern sie auch mit Leben erfüllt. Im nun begonnenen europäischen Semester kann der Deutsche Bundestag den Beweis liefern, dass er sich dieser Sache annimmt. Deswegen wollen wir am 9. Februar eine möglichst hochrangige Unterrichtung durch die Bundesregierung über dieses Thema in den Ausschüssen haben. Wir Grüne werden, wenn es um Fragen betreffend eine Wirtschaftsregierung und den Euro-Rettungsschirm geht, immer auf die parlamentarischen Rechte und die parlamentarische Beteiligung achten,

(B)

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

und zwar auch an den Stellen, wo es uns selber wehtut, wenn zum Beispiel zu viele Informationen oder unbequeme Wahrheiten kommen. Der Deutsche Bundestag ist dafür da, dass die schwierigen Entscheidungen, die anstehen, legitim getroffen werden, und zwar so, dass sie von der Bevölkerung als legitim angesehen werden. Danach werden wir uns weiterhin richten.

Herr Hoyer, Ihr Haus hat einen Minister, der in seiner Eigenschaft als normalerweise beliebtester Politiker des Landes besonders gut für etwas, das nicht so beliebt ist, eindringlich werben kann. Es darf gerne auch pathetisch werden. In dieser Debatte fragen wir uns: Ist der Außenminister nicht auch Europaminister? Ich habe Herrn Brüderle vor einer seltsamen Europaflagge auf der Treppe gesehen. Aber ich habe in der ganzen Krise kein richtig mahnendes oder klares Wort des Außenministers vernommen. Er ist nicht als wortgewaltiger Verfechter der weiteren notwendigen proeuropäischen Schritte, sondern eher als reiner Dementiminister aufgefallen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Ich komme zum Schluss. Wenn in dieser schwierigen Zeit, in der so viel passiert, der Außenminister nicht bereit ist, die Gunst der Stunde zu nutzen, dann hoffe ich,

dass wenigstens der Deutsche Bundestag die Bundesregierung vor sich hertreibt und dafür sorgt, dass die Gunst der Stunde nicht ungenutzt bleibt. (C)

(Dr. Bijan Djir-Sarai [FDP]: Schauen Sie mal, wie viele Leute aus Ihrer Fraktion da sind! Das scheint nicht so interessant zu sein!)

– Sie sind da und hören uns zu. Das entschädigt mich für alles.

Danke sehr.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Dr. Bijan Djir-Sarai [FDP]: Drei Leute!)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die Unionsfraktion spricht nun der Kollege Thomas Silberhorn.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Thomas Silberhorn (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist völlig richtig, dass wir über das Arbeitsprogramm der Kommission für 2011 vor dem Hintergrund der Wirtschafts- und Finanzkrise diskutieren. Die Kommission legt deswegen völlig zu Recht einen Schwerpunkt auf die Wachstumsbelebung und auf die Schaffung von Arbeitsplätzen. Das steht am Beginn ihres Arbeitsprogramms für 2011. Wir müssen zu einem stabilen Wachstum zurückkehren. Die Zahlen sind durchaus erfreulich. Wir haben laut dem Herbstgutachten der Kommission in der gesamten Europäischen Union ein Wachstum von 1,7 Prozent in diesem Jahr und 2,0 Prozent im nächsten Jahr zu erwarten. Die deutschen Zahlen sind weit besser. Das heißt, Deutschland ist die Wachstumslokomotive der Europäischen Union. Wir müssen von daher klare Impulse für Wachstum, die Belebung der Wirtschaft und neue Arbeitsplätze setzen. Damit finden wir den schnellsten Weg aus der Wirtschaftskrise heraus. (D)

Wir sind wirtschaftlich gesund; aber die Euro-Krise stellt natürlich eine erhebliche Gefährdung dar. Ich habe überhaupt kein Verständnis dafür, wenn ständig an die Solidarität appelliert wird, dabei aber unter Solidarität verstanden wird, dass insbesondere wir Deutschen die Schulden aller anderen in der Europäischen Union aufkaufen sollen. Die Geschäftsgrundlage – das steht in den Verträgen – ist, dass es keine Transferunion gibt, dass jeder Staat für seine Schulden einsteht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Michael Roth [Heringen] [SPD]: Das ist doch Quatsch!)

– Selbstverständlich steht das so in den Verträgen. Deswegen muss die Solidarität in der Europäischen Union darin bestehen, dass wir uns gemeinsam auf den Weg machen, um in einer globalisierten Weltwirtschaft wieder wettbewerbsfähig zu werden. Wir müssen Anreize dafür schaffen, dass die Mitgliedstaaten in der Euro-Zone ihre strukturellen Reformen angehen. Daran hapert es doch. In vielen Staaten der europäischen Wirt-

Thomas Silberhorn

- (A) schaftunion gab es in den letzten Jahren keine strukturellen Reformen in den sozialen Sicherungssystemen und auf dem Arbeitsmarkt. Deshalb sind sie in die Verschuldung abgeglitten.

(Andrej Hunko [DIE LINKE]: Also noch mehr Sozialabbau!)

Dort muss angesetzt werden, um in diesen Staaten eine Ordnung zu schaffen, die stabiles Wachstum ermöglicht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das sind doch zwei Seiten einer Medaille!)

Ihr Vorschlag, wir sollten Euro-Bonds auflegen, ist abenteuerlich. Haben Sie sich einmal ausgerechnet, was das alles kostet?

(Viola von Cramon-Taubadel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, haben wir!)

Wenn wir Schuldenagenturen schaffen, die alle Staatsanleihen in Europa aufkaufen, dann werden alle Schulden, die irgendwo in Europa gemacht werden, vergemeinschaftet. Somit würde eine gesamtschuldnerische Haftung für alle Schulden in der Europäischen Union geschaffen.

(Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben den Vorschlag offenkundig nicht kapiert!)

- (B) Das Ergebnis wäre nicht nur, dass Deutschland den größten Teil dieser Schulden tragen muss, sondern auch, dass wir die Europäische Union selbst verschulden würden.

(Klaus Hagemann [SPD]: Auch die Schulden der Bayerischen Landesbank! – Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben den Vorschlag noch nicht einmal gelesen, Herr Silberhorn!)

Der Charme der Europäischen Union ist doch, dass sie aufgrund ihrer sehr soliden Haushaltspolitik im Gegensatz zu fast allen Mitgliedstaaten der Euro-Zone keine Schulden macht.

Deswegen sagen wir Nein zu Schuldenagenturen, Nein zu Euro-Bonds, Nein zur Schuldenübernahme. Das darf auch nicht durch die Hintertür geschehen. Deswegen sage ich – adressiert an die Bundesregierung und namentlich an das Bundesministerium der Finanzen –: Dafür gibt es nach meiner Wahrnehmung in dieser Regierungskoalition zu Recht keine Mehrheit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir müssen natürlich auch die wirtschaftspolitische Koordinierung zwischen den Mitgliedstaaten in der Euro-Zone verbessern. Das ist gar keine Frage.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollege Silberhorn, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Sarrazin?

Thomas Silberhorn (CDU/CSU):

Aber gerne. Bitte schön.

(C)

Manuel Sarrazin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Silberhorn, offenkundig ist es Ihnen noch nicht bekannt; deswegen formuliere ich es so: Sind Sie bereit, etwas von mir anzunehmen, zu lernen bzw. mir zu glauben?

(Heiterkeit beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Würden Sie mir glauben, dass die Vorschläge im Hinblick auf das Modell der Euro-Bonds, die Juncker und Tremonti sowie Bruegel gemacht haben, nicht zu Ihrer Umschreibung passen, sondern sowohl vereinbar sind mit den bestehenden Vertragsmerkmalen als auch mit der Funktionsweise des Art. 125 des EU-Vertrages sowie der individuellen Bonitätsbewertung jedes einzelnen Landes? Da es deutlich schwieriger ist, Red Bonds zu finanzieren, würde man sogar einen starken Anreiz für solide Haushaltsführung setzen, und zwar einen stärkeren Anreiz, als er bisher im Sanktionsmechanismus des Stabilitäts- und Wachstumspaktes verankert ist.

Thomas Silberhorn (CDU/CSU):

Nein, Herr Kollege Sarrazin, ich glaube Ihnen kein Wort.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Na dann nicht! – Zuruf von der CDU/CSU: Ich liebe klare Antworten!)

(D)

– Ich bin noch nicht fertig mit meiner Antwort.

(Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war doch die Antwort! – Gegenruf von der CDU/CSU: Stehen bleiben!)

Bei allem Respekt – auch vor dem Ministerpräsidenten Juncker und Herrn Tremonti –: Es ist naiv, anzunehmen, man könne Schulden in 60 Prozent, für die man Euro-Bonds auflegt, und 40 Prozent, die die Mitgliedstaaten selber tragen, splitten. Die Reaktion der Finanzmärkte ist doch offenkundig: Man würde testen, wie weit die Solidarität der Mitgliedstaaten der Eurozone geht. Man würde die 60 Prozent ausschöpfen und dann fragen: Wie sieht es jetzt mit den 40 Prozent aus? – Was geschieht, wenn die 40 Prozent der Mitgliedstaaten, etwa Griechenlands oder anderer Staaten, nicht getragen werden können? Ist die Europäische Union dann weiterhin solidarisch – dann wäre Ihr Modell bereits gescheitert –, oder ist sie nicht solidarisch? In diesem Fall würde man Umschuldungen vornehmen müssen. Dafür haben wir aber noch kein Modell. Das funktioniert also hinten und vorne nicht.

Ich sage Ihnen, was funktionieren würde: Man muss genau das tun, was der Internationale Währungsfonds mit seinen Experten seit Jahren betreibt. Man muss den hochverschuldeten Staaten die Möglichkeit eröffnen, umzustrukturieren und umzuschulden.

Thomas Silberhorn

- (A) (Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das machen sie ja jetzt!)

Meine Prognose ist: Je später wir das hinbekommen, desto teurer wird es werden. Wir sind durch die Akteure auf den Finanzmärkten einem permanenten Stresstest ausgesetzt. Wir werden diesen Stresstest nicht dadurch bestehen, dass wir immer frisches Geld in die Märkte pumpen. Wir müssen uns vielmehr den strukturellen Reformen, die die Ursache für die Krise sind, widmen und in den Mitgliedstaaten der Euro-Zone eine stabile Haushaltspolitik verfolgen.

(Michael Roth [Heringen] [SPD]: Es gibt doch nicht die eine Krise! Wir haben allein drei Krisen!)

Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Wir müssen den Stabilitäts- und Wachstumspakt schärfen. Wir müssen die strukturellen Reformen auf dem Arbeitsmarkt und in den sozialen Sicherungssystemen angehen.

(Michael Roth [Heringen] [SPD]: Was heißt denn das?)

Wir müssen es am Ende auch ermöglichen, dass sich hochverschuldete Staaten restrukturieren und umschulden, teilweise zulasten der privaten Gläubiger,

(Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie?)

die auf einen Teil ihrer Forderungen werden verzichten müssen.

- (B) (Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Hinzu kommt, dass wir die wirtschaftspolitische Koordinierung und Überwachung in den Mitgliedstaaten der Euro-Zone verbessern müssen. Dabei müssen wir uns an den Wachstumstreibern in der Europäischen Union orientieren. Wir können doch nicht die Starken künstlich schwächer machen und glauben, dass wir dann in der Europäischen Union insgesamt besser dastehen.

Ich weise darauf hin, dass wir bei der Feinsteuerung nicht den Fehler machen dürfen, zu meinen, alles europäisch regeln zu wollen. Das wird nicht gelingen. Wir müssen die makroökonomische Überwachung besser koordinieren. Die mikroökonomischen Fragen aber müssen in der Zuständigkeit der einzelnen Mitgliedstaaten bleiben.

Frau Präsidentin, gestatten Sie mir, noch in einem Satz darauf hinzuweisen, dass uns die Europäische Kommission ein konkretes Angebot gemacht hat, den Dialog mit den nationalen Parlamenten zu vertiefen. Die Kommission hat uns zugesagt, jede Stellungnahme der nationalen Parlamente ernsthaft zu prüfen. Das bedeutet, die Kommission wird nicht nur Subsidiaritätsstellungen prüfen, also Stellungnahmen, die einen Verstoß gegen das Subsidiaritätsprinzip rügen, auch nicht nur Stellungnahmen zu Rechtsetzungsvorschlägen, sondern generell jede Stellungnahme.

Ich finde, das ist ein großartiges Angebot. Wir sollten davon Gebrauch machen,

- (Michael Roth [Heringen] [SPD]: Ihr macht ja nichts!) (C)

indem wir uns intensiv einmischen in die Rechtsetzungsvorhaben und in die weiteren Vorhaben der Europäischen Union. Ich weise darauf hin, dass wir im letzten Jahr deutlich mehr Stellungnahmen im Deutschen Bundestag verabschiedet haben, als das vor dem Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages vorher der Fall war. Insbesondere der Rechtsausschuss, aber auch der Europaausschuss sind dabei fleißig gewesen.

(Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Trotzdem lehnen Sie fälschlicherweise unsere Anträge immer ab!)

Herzlichen Dank an alle Kolleginnen und Kollegen, die hieran mitgewirkt haben und Europapolitik durch Mitgestaltung der Europäischen Union den Bürgern näherbringen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die SPD-Fraktion hat nun der Kollege Barchmann das Wort.

(Beifall bei der SPD)

Heinz-Joachim Barchmann (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Das Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für das Jahr 2011 erscheint auf den ersten Blick ambitioniert. Mehr als 40 Initiativen werden vorgestellt, um die Krisen der letzten Jahre zu bewältigen und einen neuen Aufschwung zu unterstützen, damit neue Arbeitsplätze entstehen.

Ein zentraler Bestandteil dieses Arbeitsprogramms ist der Binnenmarkt. Damit komme ich jetzt ein bisschen von den Finanzen weg. Es gibt schließlich noch mehr in der Europäischen Union.

(Michael Roth [Heringen] [SPD]: Sehr wahr!)

In fast allen Bereichen des Arbeitsprogramms wird auf den Binnenmarkt Bezug genommen. Der ehemalige Kommissar Professor Mario Monti hat in seinem Bericht zum Neustart des Binnenmarktes wichtige Aspekte und auch Probleme aufgezeigt. Monti stellte zum Beispiel fest, dass der Binnenmarkt notwendiger sei als jemals zuvor, aber bei den Menschen in Europa auch unbeliebter als jemals zuvor.

Ich denke, beides ist richtig. Daraus darf man allerdings nicht den Schluss ziehen, nun alles den vier Grundfreiheiten des Binnenmarktes zu unterwerfen, und dann würde schon alles gut. Nein, gerade jetzt, nach solch schweren Krisen – der Euro hat sich immer noch nicht stabilisiert, und daran hat auch die Bundesregierung ihren Anteil –, müssen wir erkennen, dass der Markt ohne eine soziale Flankierung ein Irrweg ist.

Deshalb fordern wir als SPD seit Jahren, die soziale Fortschrittsklausel in die europäischen Verträge aufzu-

(D)

Heinz-Joachim Barchmann

- (A) nehmen. Immer wieder wurde uns vonseiten der Regierungskoalition vorgehalten, dass der Vertrag von Lissabon nicht neu zu verhandeln sei und man keine Chance habe, daran etwas zu ändern. Was wir aber im Dezember in Brüssel erlebt haben, zeigt, dass durchaus noch Möglichkeiten vorhanden waren. Dort wurde nämlich kurzfristig eine Änderung des Vertrages vom Europäischen Rat beschlossen.

Verstehen Sie mich in dieser Beziehung bitte nicht falsch, liebe Kolleginnen und Kollegen. Dieser Akt europäischer Solidarität in finanzpolitischen Fragen war wichtig und richtig. Deutschland hat schließlich auch ein massives Interesse an der Stabilität der Gemeinschaftswährung. Zu diesem Zeitpunkt hat die Bundesregierung aber wieder einmal die Chance verpasst, endlich die soziale Fortschrittsklausel in die Verträge hineinzuverhandeln.

(Beifall bei der SPD)

Das alleinige Starren auf die Euro-Krise und etwaige Krisenmechanismen greift einfach zu kurz. Wir müssen in der Tat die Europäische Union weiterentwickeln. Dazu gehört neben der politischen Union und einer koordinierten Wirtschafts- und Finanzpolitik ein verbindlicher sozialer Rahmen. Dieser muss in ganz Europa Mindeststandards setzen und den Bürgerinnen und Bürgern Europas Schutz und Sicherheit bieten. Genau das wäre die soziale Fortschrittsklausel. Leider hat auch die Kommission nicht den Mut bewiesen, diese Klausel im Single Market Act vorzuschlagen, sondern sie hat sich auf einen butterweichen Kompromiss verständigt. Hier enttäuscht uns Sozialdemokraten die Kommission. Hier hatten wir auch nach dem Bericht von Professor Monti mehr erwartet.

- (B) Wirtschafts- und Sozialpolitik sind keine Gegensätze. Deshalb darf es nicht sein, dass vor dem Europäischen Gerichtshof wirtschaftliche Grundfreiheiten Vorrang vor sozialen Rechten erhalten. Die soziale Fortschrittsklausel ist ein Schritt, um die Bürgerinnen und Bürger Europas mit dem Binnenmarkt zu versöhnen. Das ist genauso wichtig wie die Maßnahmen zur Stabilisierung des Euros. Nur wenn die Menschen der Europäischen Union ihren Institutionen vertrauen und sich in ihr sicher fühlen, können sie ihre kreativen Fähigkeiten entfalten. Vertrauen in die soziale Sicherheit ist für die soziale Marktwirtschaft ein wichtiges konstitutives Element. Dieses notwendige Vertrauen wird gerade in den Ländern, die unter der Euro-Krise am meisten zu leiden haben, massiv beschädigt.

Woher kommen denn die Schwierigkeiten des Euros?

Zum einen haben einige Länder über ihre Verhältnisse gelebt. Sie müssen jetzt sparen; aber sie dürfen sich natürlich nicht kaputtsparen, wie es in Griechenland und in Irland, nicht zuletzt auf Druck der Bundesregierung, vorgeführt wird.

(Andrej Hunko [DIE LINKE]: Sehr richtig!)

Hartes Sparen allein reicht nicht aus, um die Krise zu bewältigen, nein, sie verschärft sie nur noch. Das ist auch für die deutsche Wirtschaft gefährlich; denn wenn un-

- sere europäischen Nachbarn als unsere Kunden ausfallen, dann schlagen deren Sparbemühungen auch bei uns negativ durch. (C)

Zum anderen ist die gemeinsame europäische Währung auch durch stark unterschiedliche Leistungsbilanzen der einzelnen Länder belastet. Wo einige Länder hohe Defizite einfahren, erwirtschaftet Deutschland enorme Überschüsse. Diese Ungleichheiten werden von den Finanzmärkten erkannt und erbarmungslos ausgenutzt. Der Euro wird als unsicher bewertet.

Was macht die Bundeskanzlerin? Anstatt mit klaren Maßnahmen für Ruhe in den Märkten zu sorgen, zaudert und zögert sie weiter. Sie führt über die Presse Debatten mit Kommissionspräsident Barroso über die Ausweitung des Rettungsschirmes, der, so hört man zumindest, intern schon zugestimmt wurde. So beruhigt man die Finanzmärkte nicht, sondern so lädt man Spekulanten dazu ein, gegen den Euro zu wetten.

Zur Bewältigung der Krise brauchen wir eine stärkere wirtschaftspolitische Koordinierung der Europäischen Union, sodass die Leistungsbilanzungleichgewichte innerhalb des Euro-Raumes nicht so stark auftreten können. Es geht nicht darum, Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit zu schwächen, sondern darum, die Leistungsbilanzüberschüsse durch die Steigerung der Binnennachfrage zu verringern. Wir brauchen eine schrittweise Angleichung der Lebensverhältnisse in Europa: mit hohem Beschäftigungsniveau, stetigem Wirtschaftswachstum und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht. Auf diesem Weg kann die soziale Fortschrittsklausel intensiv helfen. (D)

(Beifall bei der SPD)

Es ist heute zu früh, um das Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für dieses Jahr abschließend zu beurteilen. Das kann man erst, wenn die konkreten Vorschläge auf dem Tisch liegen.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollege Barchmann, achten Sie bitte auf das Signal.

Heinz-Joachim Barchmann (SPD):

Ja. – Eines allerdings hat die Kommission der Bundesregierung voraus: Sie hat schon einmal ein Programm für die Weiterentwicklung Europas. Die Bundesregierung scheint nicht einmal eine genaue Vorstellung von Europa zu haben. Das ist wirklich ein Problem für Deutschland und Europa.

Danke.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Andrej Hunko [DIE LINKE])

Vizepräsidentin Petra Pau:

Der Kollege Detlef Seif hat für die Unionsfraktion das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

(A) **Detlef Seif** (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Diese Debatte hat eines gezeigt: dass der Schwerpunkt des Arbeitsprogramms der Kommission richtig gelegt ist. Wir alle sind bewegt nach der schwersten Wirtschaftskrise, der Finanzmarktkrise und den erheblichen Anstrengungen im letzten Jahr, um die Stabilität des Euro sicherzustellen. All dies sind Gründe dafür, dass das ganz oben auf der Agenda der Kommission steht.

Die Kommission will – das ist ein Schlagwort – die „wirtschaftspolitische Steuerung“ stärken. Ich denke, dieser Begriff, der harmlos aussieht, zeigt den Widerspruch, der auch in diesem Hause herrscht. Wir haben unterschiedliche politische Auffassungen. Die einen sind der Meinung, man muss mehr regulieren und steuern; der Staat soll sich möglichst bis ins Detail einmischen. Die anderen sagen, die Kräfte werden durch den Markt freigesetzt; sie sind zu bändigen und in gesunde Rahmenbedingungen zu fassen. Deshalb muss das Motto – das gilt auch für die Kommission – lauten: Sinnvolle Rahmenbedingungen ja, aber kontraproduktive und bürokratische Überregulierung nein.

Das war meine Feststellung zu dem Teil, der jetzt eigentlich die gesamte Debatte ausgefüllt hat. Es gibt aber noch ein paar weitere Punkte in dem Arbeitsprogramm der Kommission. Die „Agenda für Bürgernähe: Freiheit, Sicherheit und Recht“ soll fortgeschrieben werden. Hier ist besonders die Unsicherheit für Unternehmen zu erwähnen, welches Recht bei Vertragsabschlüssen überhaupt zur Geltung kommt. Das ist ganz wichtig; denn die Unsicherheit führt nicht nur zu rechtlichen Schwierigkeiten, sondern kann auch handfeste wirtschaftliche Konsequenzen haben.

(B)

Ganz wichtig ist auch die Richtlinie über die Rechte von Opfern von Straftaten. Erstmals soll in den EU-Staaten insgesamt das Opfer der Straftaten im Fokus stehen. Ihm sollen die notwendigen staatlichen Unterstützungsmaßnahmen in allen EU-Ländern zuteilwerden.

Die Kommission legt ihren Fokus auch auf die Stärkung der Präsenz Europas auf der internationalen Bühne. Ausdrücklich heißt es in dem Programm: Der Europäische Auswärtige Dienst, EAD, soll unterstützt werden. – In diesem Jahr wird es darauf ankommen, ob die Kommission die Kompetenzen der Hohen Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik tatsächlich anerkennt oder ob es hier zu erheblichen Reibungsverlusten innerhalb der EU kommen wird.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Die Frage ist: Wird hier eventuell eine Doppeldiplomatie eröffnet, die im Nachhinein belegen würde, dass es sich bei dem Satz in diesem Programm lediglich um eine leere Phrase handelte? Das bleibt abzuwarten.

Einige Umweltverbände haben den Kommissionspräsidenten Barroso kritisiert und gesagt: Das Programm ist wirtschaftslastig. Das soll im Ergebnis bedeuten: Energiepolitik und Umweltpolitik spielen in diesem Programm kaum eine Rolle. Aber der Teufel steckt im Detail. Das Arbeitsprogramm besteht nicht nur aus den zwölf Seiten Text, sondern auch aus den 40 strategischen

(C) Initiativen. Es gibt vier Initiativen, die im Bereich der Umwelt- und Energiepolitik einschlägig sind: der Fahrplan für eine CO₂-arme Wirtschaft bis 2050, der europäische Energieeffizienzplan bis 2020, der Fahrplan für erneuerbare Energien bis 2050 und die Richtlinie zu Energieeffizienz und Energieeinsparung.

Was mir aber völlig fehlt, ist wenigstens ein Satz zu der Frage: Welche Reduktionsziele verfolgt die Kommission? Gilt das Ziel der Reduktion um 20 Prozent bis zum Jahr 2020 im Verhältnis zum Referenzjahr 1990 noch? Oder hat sich da irgendetwas getan? Wird immer noch die Erhöhung des Reduktionsziels auf 30 Prozent – unter der Bedingung, dass auch andere Volkswirtschaften mitziehen – angestrebt? Das Europäische Parlament hat mit Blick auf Cancún durch eine Entschließung ein Zeichen gesetzt, nämlich: bedingungslose Erhöhung auf 30 Prozent.

Ich teile ausdrücklich die Meinung des Bundesumweltministers Norbert Röttgen, dass sich die Europäische Union hier als Vorreiter positionieren sollte. Ein „Weiter so“ hilft uns in der Klimapolitik nicht. Nachdem die Kopenhagener Konferenz gescheitert und Cancún „wenig mehr als nichts“ ist – so ein Originalzitat im *Handelsblatt* –, wird es Zeit, dass hier deutliche Zeichen – von Deutschland und auch von der Europäischen Kommission ausgehend – gesetzt werden. Wir sollten uns deshalb für das bedingungslose Reduktionsziel von 30 Prozent einsetzen.

Als Argument gegen diese Ansicht wird angeführt, die Wettbewerbsfähigkeit Europas sei gefährdet.

(Andrej Hunko [DIE LINKE]: Das kommt doch immer!)

(D)

– Ja. – Meines Erachtens fehlt der Mut, und es fehlt die Innovationsbereitschaft, hier auch mal einen Schritt nach vorne zu gehen.

(Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vor allen Dingen bei der CDU/CSU-Fraktion!)

Das sage ich als Abgeordneter.

Die europäische Automobilindustrie hat schon einmal gezeigt, dass sie die Zeichen der Zeit nicht erkannt hat. Sie ist über eine gewisse Zeit in einen Tiefschlaf verfallen. Während andere Antriebs- und Hybridtechnik entwickelt haben, die jetzt im Kommen ist – China will ein Joint Venture mit Toyota eingehen –, müssen wir darauf achten, dass wir noch den Anschluss finden.

Meine Damen und Herren, lernen wir daraus! Wer heute nicht begreift, dass morgen nur die Volkswirtschaften und nur die Unternehmen wettbewerbsfähig sind, die das berücksichtigen, ist nicht zukunftsfähig. Wir müssen Ressourcen sparen, und wir müssen die Umwelt schützen. Machen wir Europa zukunftsfähig und helfen wir der EU-Kommission in diesem Punkt auf die Sprünge!

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Andrej Hunko [DIE LINKE]: War das jetzt eine Oppositionsrede? – Gegenruf des Abg.)

Detlef Seif

(A) Detlef Seif [CDU/CSU]: Dann bitte klatschen! –
Beifall des Abg. Jörn Wunderlich [DIE
LINKE])

(C)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Ich schließe die Aussprache.

n-

(B)

(D)